Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 19.12.2002
	Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Mittwoch, 4. Dezember 2002
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:45 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A   Öffentlicher Teil

1.   **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite 3

2.   **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 07.11.2002 – öffentlicher Teil**
Seite 3

3.   **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 07.11.2002 - öffentlicher Teil**
702/2002 *Seiten 3 f*

4.   **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite 4

5.   **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
Seite 4

6.   **III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)**
717/2002 *Seiten 4 ff*

7. **XV. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergisch Gladbach**
721/2002 *Seite 6*

8. **IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
hier: § 5 Gebührensatzung
692/2002 *Seiten 6 ff*

9. **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung**
hier: § 9 Gebührensatzung
703/2002 *Seiten 8 f*

10. **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Abs. 1 GO**
Anregung vom 25. 07. 2002 zur Verkehrssituation Mühlenstraße
Antragstellerin: Frau Heidi Roß u.a., Diepeschrather Weg 13 c, 51469 Bergisch Gladbach
691/2002 *Seiten 9 ff*

11. **Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seiten 11 ff*

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 07.11.2002 - öffentlicher Teil

Herr Wolfgarten weist darauf hin, dass die letzte Sitzung dieses Ausschusses im Klärwerk Beningsfeld stattfand und nicht im Ratssaal.

Herr Ziffus verweist auf eine seiner Anfragen aus der letzten Sitzung, die sich mit toxischen Belastungen in Schildgen befasste. Die Anfrage sei in der Niederschrift auch korrekt wiedergegeben worden, nicht aber im Antwortschreiben an ihn. Dort habe die Verwaltung ihn so zitiert, als halte er Schildgener Einwohner für nicht reitfähig. Dies habe er aber nicht gesagt.

(Der Schriftführer entschuldigt sich hiermit für diese Fehler.)

Herr Dr. Fischer vermisst die Antwort auf seine Anfrage aus der letzten Sitzung, die er zum Busbahnhof gestellt habe.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass die Frage inzwischen beantwortet wurde und fasst den Inhalt der Antwort kurz zusammen.

(Die Antwort ist dieser Niederschrift beigelegt.)

Im Übrigen wird die Niederschrift zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 07.11.2002 - öffentlicher Teil

Herr Waldschmidt fragt nach dem Sachstand zum Tagesordnungspunkt A 15 aus der letzten Sitzung. Es ging um die Querungshilfe in der Laurentiusstraße.

Da keine Auskunft erteilt werden konnte, sagt der Vorsitzende zu, in der Niederschrift den Sachstand zu vermerken.

Herr Ziffus verweist auf die Zusicherung der Verwaltung zu Tagesordnungspunkt A 6 (Ausgleichsflächenkonzept/Ökokonto) aus der letzten Sitzung, Überlegungen zu einem Kontrollverfahren im Bereich der Extensivierung von Wiesen und Weiden anzustellen. Er möchte wissen, ob hierzu erste Ergebnisse vorliegen.

Herr Jung verweist auf die aktualisierte Ratsvorlage.

Herr Sterzenbach teilt mit, dass zu diesem Punkt eine ergänzende Vorlage, eventuell als Tischvorlage, zugesagt wurde und sich mit der gestellten Frage befassen soll; sie sei in Arbeit.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Herr Schmickler geht auf einen in der Presse veröffentlichten Artikel ein, der sich mit dem Cross-Border-Leasing befasst und unter anderem ein Zitat Herrn Waldschmidts zur Schulung Herrn Sterzenbachs zu diesem Thema wiedergibt. Auf Wunsch Herrn Jungs wird die Äußerung Herrn Schmicklers nachfolgend wörtlich wiedergegeben:

„Ich habe eine Mitteilung, die ich machen möchte, um einen falschen Eindruck, einen auch aus meiner Sicht gegebenenfalls sehr problematischen Eindruck gegenüber einem Mitarbeiter meines Haus zu vermeiden.

In einem Pressebericht des Kölner Stadt-Anzeigers vom 13. November 2002 unter der Überschrift ‚Steuertricks sollen Millionen bringen‘ ist im Zusammenhang mit dem beabsichtigten US-Cross-Border-Leasing im Bereich des städtischen Abwasserwerks Herr Waldschmidt wie folgt wörtlich zitiert worden. Ich gebe das so wieder, weil ich natürlich nicht weiß, ob er es wirklich so gesagt hat. Aber er ist in der Presse so zitiert worden. ‚Herr Sterzenbach hat da mal bei einem Arrangeurunternehmen eine Fortbildung gemacht und ist seitdem von dem System überzeugt.‘ Die Verwaltung legt allergrößten Wert auf die Feststellung, dass Herr Sterzenbach weder bekundet hat, auf einer Fortbildung eines Arrangeurunternehmens gewesen zu sein, noch dies tatsächlich jemals getan hat. Tatsache ist, und das haben wir – daran kann ich mich erinnern – im Ausschuss erwähnt, dass Herr Sterzenbach eine Fortbildungsveranstaltung des Rheinischen Studieninstitutes für kommunale Verwaltung besucht hat und dass die Referenten in dieser Veranstaltung natürlich von diesem Rheinischen Studieninstitut, das eine allseits bekannte, seit vielen Jahrzehnten tätige und sehr renommierte Einrichtung ist, dass dieses Studieninstitut also die Referenten ausgewählt hat und diese Referenten keinen Bezug zur Stadt Bergisch Gladbach und zu dem, was wir hier im Moment praktizieren, haben.

Das wollte ich nur mitteilen, damit hier nicht einer meiner Mitarbeiter, der in einem zugegebenermaßen schwierigen Thema arbeitet, in ein wirklich völlig falsches Licht gerückt wird.“

6 III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)

Herr Ziffus stimmt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Gebührensatzung zu, hält die Kalkulation aber durch Erstattungen, Verlustausgleiche etc. für schwer nachvollziehbar. Seine Fraktion sei insbesondere mit der Verwendung der Gelder, z.

B. aus der Rückerstattung, einverstanden. Dies sei der richtige Weg zum Schuldenabbau und zur mittel- und langfristigen Gebührenstabilität. Auch im Vergleich mit Köln seien die Abfallgebühren sehr günstig. Insgesamt gebühre dem Abfallwirtschaftsbetrieb großes Lob.

Herr Waldschmidt sieht für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit, die Rücklagen des Abfallwirtschaftsbetriebes zu stärken, um auf Dauer konstante Gebühren zu sichern. Andererseits seien von den Gebührenpflichtigen über Jahre hinweg aus von der Stadt nicht zu vertretenden Gründen unberechtigt hohe Gebühren verlangt worden. Davon habe der Abfallwirtschaftsbetrieb durch die Rückzahlung profitiert. Nach Auffassung seiner Fraktion hätten die Gebührenzahler zumindest einen moralischen Anspruch auf eine unmittelbare zeitnahe Gebührenerstattung. So habe die Gemeinde Odenthal anlässlich der Erstattung die Gebühren um 12 % gesenkt. Er beantragt, die Rückerstattung des BAV zur Hälfte der Rücklage des Abfallwirtschaftsbetriebes zuzuführen und die andere Hälfte innerhalb der nächsten drei Jahre mit den laufenden Gebühren zu verrechnen. Er sehe allerdings auch, dass nicht mehr alle Gebührenzahler aus den Jahren 1992 und folgende in den Genuss dieser Erstattung kämen; insgesamt halte seine Fraktion den Vorschlag aber für gerechter.

Herr Wolfgarten äußert seine Verwunderung über diesen Antrag, da sich auch die SPD-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.12.2001 für die jetzt von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahrensweise ausgesprochen habe. Viele Gebührenpflichtige früherer Jahre seien in der Tat inzwischen verzogen, sodass sie von einer unmittelbaren Erstattung nicht mehr profitieren könnten. Daher stimme die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu.

Herr Dr. Steffen (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Dr. Fischer (F.D.P.-Fraktion) schließen sich der Auffassung Herrn Wolfgartens auch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten an. Herr Dr. Fischer weist ergänzend darauf hin, dass die Rücklagen des Abfallwirtschaftsbetriebes bislang sehr niedrig waren.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion)

Der Antrag Herrn Waldschmidts wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, wie folgt zu beschließen:

1. Die III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung) wird in der Fassung des als Anlage beigefügten Entwurfs beschlossen.
2. Die Gebührenkalkulation vom 18.11.2002 einschließlich der Abrechnungskalkulation für das Jahr 2001 sind Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Die Erstattungen des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes (BAV) aus dem für die Jahre 1995 bis 1998 geschlossenen Vergleich wer-

den der allgemeinen Rücklage des Abfallwirtschaftsbetriebes zugeführt und sind vorrangig zur Tilgung langfristiger Verbindlichkeiten

zu verwenden. Die daraus resultierende Zinersparnis ist in der Gebührenkalkulation kostenmindernd zu berücksichtigen.

4. Unterdeckungen aus dem Abrechnungsjahr 2001 werden aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

7 **XV. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, wie folgt zu beschließen:

1. Die XV. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Gebührenkalkulation vom 18.11.2002 einschließlich der Abrechnung für das Jahr 2001 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

8 **IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
Hier: § 5 Gebührensatzung

Herr Ziffus berichtet, er habe anlässlich einer Bestattung erfahren, dass das Sozialamt bei Sozialhilfeempfängern nicht die Kosten für die Nutzung einer Trauerhalle übernehme. Dies habe bei den Teilnehmern Unverständnis hervorgerufen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei nun der Meinung, es führe nicht zu nicht vertretbaren betriebswirtschaftlichen Nachteilen, in solchen Fällen die Trauerhalle unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Er möchte nun wissen, ob sozialhilferechtlich eine andere Lösung möglich sei oder ob alternativ in die Gebührensatzung für die Friedhöfe eine entsprechende Regelung für die Übernahme solcher Kosten eingebaut werden könne. Im weiteren Verlauf der Diskussion regt er an, die Kostenübernahme analog der Bedingungen des Löwenpasses zu regeln. Die Einführung einer sozialen Komponente hält er für eine Aufgabe des Hauptausschusses.

Herr Schneeloch hält den Einbau einer Sozialklausel in die Satzung ebenfalls für wichtig. Die Stadt könne sich bei der Bestattung von Sozialhilfeempfängern mit dem Betrag als Gebühr zufrieden geben, der den Vorschriften des BSHG gemäß einem Sozialhilfeempfänger bewilligt werde. Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Schneeloch die Aufnahme einer solchen Klausel.

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nicht unmittelbar betroffen sei; vielmehr handele es sich um eine landesrechtliche Frage bzw. um eine Regelung des Bundessozialhilfegesetzes

(BSHG). Er sage aber zu, die Fachbereiche 3 und 5 auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Das Ergebnis der Prüfung werde der Niederschrift beigelegt. Zum Antrag Herrn Schneelochs erklärt er, dass in der Leichenverordnung vorgegeben sei, in welcher Reihenfolge Angehörige für die Kosten einer Beerdigung aufzukommen hätten. In dem von Herrn Ziffus beschriebenen Fall könne es nur so sein, dass die Angehörigen mit den Kosten der Bestattung überfordert gewesen seien. Eine nach den Vorschriften des BSHG zu gewährende Beihilfe sei sicherlich der Höhe nach begrenzt.

Gebührenrechtlich habe er gegen die vorgeschlagene Klausel Bedenken, weil hier die Kostenübernahme nach BSHG mit betriebswirtschaftlichen und kommunalabgabenrechtlichen Fragen verbunden würde. Wenn keine Angehörigen vorhanden wären, wäre die örtliche Ordnungsbehörde für die Bestattung verantwortlich.

Herr Schmickler ergänzt, einer Kommune sei durch Urteil das Recht zugestanden worden, für Sozialhilfeempfänger die kostengünstigste Bestattungsform zu wählen. Er sehe bei der vorgeschlagenen Regelung die Gefahr einer Ungleichbehandlung, wenn Hinterbliebene mit geringem Einkommen ohne Sozialhilfeanspruch sich keine Trauerhallennutzung leisten können. Für solche Fälle sehe er die Gefahr neuer Diskussionen.

Die gewünschte Regelung würde eine neue freiwillige Leistung bedeuten, die angesichts des bevorstehenden Haushaltssicherungskonzeptes nicht lange Bestand haben könne. Nicht zuletzt halte er eine pietätvolle Beerdigung auch ohne Nutzung einer Trauerhalle für möglich. Die Nutzung einer Trauerhalle führe zu Kosten für ansonsten anderweitig eingesetztes Personal.

Herr Widdenhöfer ergänzt, Herrn Sterzenbachs Darstellung der Rechtslage sei zutreffend. Ständen keine Angehörigen zur Verfügung, müsse die Örtliche Ordnungsbehörde für eine Beerdigung innerhalb 72 Stunden durchführen. Dieses Thema sei vor zwei Jahren im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt worden. Die Verwaltung müsse die kostengünstigste pietätvolle Beerdigung veranlassen. Dies sei in der Regel eine Urnenbestattung. Derzeit bestehe auch noch ein gesetzlicher Anspruch auf Sterbegeld, der die Kosten größtenteils abdecke.

Herr Dr. Steffen weist darauf hin, dass Sterbegeld nur krankenversicherten Personen gewährt werde. Dies treffe aber nicht für alle Sozialhilfeempfänger zu.

Herr Jung weist darauf hin, dass in Gronau zwei Trauerhallen von der Kirche und von der Stadt zur Verfügung ständen. Die Hallen wären unterschiedlich groß und unterschiedlich teuer. Hier stehe den Trauernden eine Alternative bereits zur Verfügung.

Herr Wolfgarten verweist auf die zum Teil deutlichen Erhöhungen, die in der Satzung vorgesehen würden. Die letzte Kalkulation sei 1994 vorgenommen worden. Im Vergleich zu Köln seien die vorgesehenen Gebühren gleichwohl vertretbar. Daher stimme die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Schneeloch ist damit einverstanden, die Satzung in der vorgeschlagenen Form zu verabschieden und die Verwaltung zu beauftragen, die von seiner Fraktion aufgeworfene Frage zu prüfen und das Ergebnis in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, wie folgt zu beschließen:

Die IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses.

9 **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung hier: § 9 Gebührensatzung**

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Sterzenbach, dass der Wirtschaftplan keinen Ansatz für Transaktionskosten für das Cross-Border-Leasing (CBL) enthält. Die Verwaltung gehe gemäß der Vertragsstruktur davon aus, dass sich die Kosten der Transaktion aus derselben finanzieren. Bislang wären Kosten in Höhe von vielleicht einigen Tausend € angefallen, und zwar ausschließlich als Beratungskosten für den Anwalt der Stadt. Auch die zu erwartenden Gesamtkosten für den Anwalt der Stadt sollen aus dem Transaktionserlös bestritten werden. Das Abwasserwerk trifft keine direkte Kostenbelastung aus dem CBL, wenn die Transaktion funktioniert. Funktioniere die Transaktion nicht, stelle sich die Frage nach einer Versicherung. Ob diese abgeschlossen werde, sei abhängig von dem Abschluss des Arrangeurvertrages. Zu dieser Frage verweist er auf die nächste Sitzung dieses Ausschusses am 06.02.2003.

Herr Bertram erklärt zu einer weiteren Frage Herrn Dr. Fischers, dass es sich bei der Finanzplanung um eine Prognose handle. Es sei nicht möglich, Gebühren für mehrere Jahre genau zu kalkulieren. Für das Jahr 2003 habe sich die Verwaltung für die dargestellte Variante entschieden; die Finanzplanung werde daraufhin überarbeitet. Die Einplanung eines höheren Überschusses führe sicherlich zu einer höheren Abgabenlast.

Herr Dr. Steffen erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN halte die Satzung für inhaltlich in Ordnung. Gleichwohl habe seine Fraktion die Umstellung des Regenwassergebührenmaßstabes erwartet. Diese Frage sei bereits hinreichend diskutiert worden. Die Satzung stelle in der vorgelegten Form eine Fortschreibung der Subventionierung großer versiegelter Flächen dar. Seine Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass Kanäle nach dem Wiederbeschaffungszeitwert abgeschrieben und Reparaturen als Unterhaltungskosten zusätzlich über Lohn- und Materialkosten abgerechnet würden. Auf seine Fragen sei ihm stets mitgeteilt worden, dies sei betriebswirtschaftlich richtig. Da die Kanäle unterhalten würden, müssten sie nicht nach Ablauf der Abschreibungsfrist komplett erneuert werden. Dieses Verfahren halte er daher für merkwürdig. Eine beschleunigte Auflösung der Ertragszuschüsse sehe er insofern als Kompensation an. Seine Fraktion sehe, auch wenn sie sich der Stimme enthalte, die dritte vorgeschlagene Variante als die richtige

an.

Herr Sterzenbach verweist auf die Vorschrift des § 6 KAG, der eine Bemessung von Benutzungsgebühren nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorschreibe.

Herr Jung erinnert daran, dass nicht nur versiegelte Flächen, sondern auch abwasserverursachende Zisternen subventioniert würden.

Herr Waldschmidt hält die Stärkung der Eigenkapitalbasis eines Eigenbetriebes grundsätzlich für sinnvoll. Angesichts der zu erwartenden Einnahmen, die nach Auffassung der SPD-Fraktion nur innerhalb des Abwasserwerkes verwendet werden können, sei eine weitere Stärkung des Eigenkapitals durch eine Gebührenerhöhung nicht sinnvoll.

Herr Sterzenbach verweist auf seine bisherigen Ausführungen zu diesem Thema. Der zu erwartende Erlös könne derzeit noch gar nicht eingestellt werden, weil entsprechende Forderungen noch nicht bestünden. Die Verwendung des Barwerterlöses sei, wenn er denn eintreffe, nach § 6 KAG zu beurteilen. Die Subventionierung versiegelter Flächen erfolge letztmalig, da von 2004 an der Gebührenmaßstab umgestellt werde.

Herr Ziffus äußert seine Auffassung, dass das in Zisternen gesammelte und im Haushalt verwendete Wasser mittels einer gesonderten Wasseruhr vor Einleitung in den Kanal gemessen würde. Insofern sei er bislang nicht von einer Subventionierung ausgegangen.

Hierzu erklärt Herr Wagner, Zisternen würden im Stadtgebiet eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Erkenntnisse dazu würden nur im Rahmen eingereicherter Bauanträge gewonnen. Für die wenigen bisher bekannten Zisternen sei bislang kein großer Aufwand betrieben worden. Allerdings würden die Erkenntnisse der bisher zurückgegebenen Fragebögen deutlich von diesem Bild abweichen. Danach würden zwischen 25 und 33 % aller Haushalte eine Zisterne betreiben. Sollte dieses Ergebnis zutreffen, würde dieses Abwasser nicht mehr subventioniert.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion bei zwei Enthaltungen
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, wie folgt zu beschließen:

Die XIV. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Abs. 1 GO

Anregung vom 25. 07. 2002 zur Verkehrssituation Mühlenstraße

Antragstellerin: Frau Heidi Roß u.a., Diepeschrather Weg 13 c, 51469 Bergisch Gladbach

Herr Wolfgarten verweist darauf, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden diese Angelegenheit an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit der Bitte um bestimmte Prüfungen verwiesen habe. Nach mehrfacher Augenscheinnahme sehe er keine Notwendigkeit, in der Mühlenstraße tätig zu werden. Daher stimme er mit der Darstellung der Vorlage überein.

Das Wohnquartier wurde als Zone 30 ausgeschildert. Ein einziges auf die Straße aufgemaltes Zeichen würde die Stadt ca. 300 € kosten. Er gehe davon aus, dass, würde dieser Anregung stattgegeben, auch aus anderen Wohngebieten mit Zonen 30 Forderungen nach solchen Markierungen erhoben werden. Aus Gründen der Gleichbehandlung könne die Stadt solche Folgeanträge nur schwer ablehnen. Dies würde zu einem enormen Kostenaufwand führen. Darüber hinaus halte er es für zweifelhaft, mit solchen aufgemalten Zeichen größere Erfolge zu erzielen als mit den üblichen Verkehrszeichen.

Einen dringenden Bedarf an einer Querungshilfe sehe er ebenfalls nicht. Die Mühlenstraße sei nicht sehr stark befahren. Mittels alternierend aufgestellten Halteverbots sei im ganzen Straßenverlauf schon eine gewisse Verkehrsberuhigung erreicht worden. Auch die Unfallhäufigkeit gebe keinen Anlass für die gewünschten Maßnahmen.

Daher stimme die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu.

Frau Kreft bedankt sich zunächst für den verteilten übersichtlichen Plan.

Sie ist für die SPD-Fraktion der Auffassung, die Sicherheit der Kinder gebiete sehr wohl die Anbringung größerer Verkehrsschilder. Es handele sich um einen täglich mehrfach benutzen Weg von Kindern, die die Grundschule, das Schulzentrum oder die Kindertagesstätte besuchen.

Dem Argument einer drohenden Gleichbehandlung könne sie nicht folgen. Vielmehr sei jede Verkehrssituation gesondert nach den örtlichen Gegebenheiten zu beurteilen. Nach den Ausführungen der Anregung gehe sie davon aus, dass es sehr wohl Unfälle gegeben habe. Aufgemalte Verkehrszeichen würden daher einen Schutz für die dort gehenden Kinder darstellen.

Zum angedachten Fußgängerüberweg verweist sie darauf, dass der Schulwegeplan der Stadt ausdrücklich auf die Gefahrenstelle hinweise. Die Haltung der Verwaltung sei für sie in diesem Punkt nicht mehr nachvollziehbar. Die die rechte Straßenseite nutzenden Kinder müssten die Mühlenstraße zwangsläufig überqueren, würden aber durch die parkenden Fahrzeuge kaum gesehen.

Daher beantragt sie für die SPD-Fraktion die Umsetzung aller drei vorgeschlagenen Maßnahmen.

Herr Widdenhöfer erklärt, dass es 1998 und 1999 im hier fraglichen Bereich drei leichte Unfälle gab. Seit dem 01.10.2000 gab es zwei Verkehrsunfälle. Ein Unfall bestand in einem Auffahrunfall auf einen parkenden PKW mit anschließender Flucht; der zweite Unfall war ebenfalls ein Parkunfall.

Der in der Anregung genannte Unfall mit einem verletzten Kind habe sich auf der

Dellbrücker Straße etwa 50 m nördlich des Heideweges ereignet.

Die Polizei halte aufgrund der Unfallsituation keine Maßnahmen für erforderlich. Ebenfalls halte sie die vorhandene Beschilderung für deutlich sichtbar; insofern halte die Polizei einen Austausch der Schilder nicht für erforderlich. Dieser Auffassung schließe sich die Ordnungsbehörde an.

Weder die Polizei noch die Ordnungsbehörde würden die Auffassung Frau Krefts teilen, das Aufmalen von Verkehrszeichen könne unabhängig vom Gleichheitsgrundsatz erfolgen.

Der Schulwegplan richte sich an die Eltern, damit diese mit ihren Kindern den Schulweg einüben können. Gemeinsam mit der Schulverwaltung seien Empfehlungen herausgegeben worden, wo Straßen am sinnvollsten zu überqueren seien. Der Schulwegplan enthalte auch Empfehlungen, wo Straßen nicht oder nur unter erhöhter Vorsicht zu queren seien. Diese Hinweise seien an vielen Stellen in den Schulwegplänen erfolgt, ohne dass daraus die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen folge.

Herr Wenzel erklärt aus eigener Erfahrung, dass Verkehrszeichen in Verbindung mit Straßenmarkierungen zu einer höheren Akzeptanz führen würde als Verkehrszeichen allein. Größere Verkehrszeichen würden dagegen keinen durchschlagenden Erfolg versprechen. Die Fraktion KIDinitiative befürworte daher, Verkehrszeichen auf der Straße zu markieren.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei einer Enthaltung der Fraktion KIDinitiative)

1. Die Bürgermeisterin empfiehlt dem Ausschuss, den Antrag zurückzuweisen.
2. Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, die Anregungen negativ zu bescheiden.

11 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Reudenbach

In der vorletzten Ausschusssitzung fragte ich nach dem Sachstand hinsichtlich des Balkens, der die Höhenbegrenzung in der Buchholzstraße darstellte. Der Balken wurde vor einigen Monaten umgefahren. Seinerzeit wurde zugesagt, in Kürze dort einen neuen Balken aufzustellen. Das Provisorium steht dort immer noch. Wie ist der Sachstand?

Herr Sterzenbach erklärt, wegen der hohen Arbeitsbelastung habe sich die Angelegenheit etwas verzögert. Die Aufforderung zur Abgabe von Angeboten für solche Balken wurde verschickt. Er rechne mit einer Erledigung im Januar.

Herr Willnecker

Letzte Woche wurde in der Nußbaumer Straße ein Schild „Behindertenparkplatz“ um 2,50m von rechts nach links versetzt, und zwar direkt an eine Baumscheibe und vor einen Hauseingang. Aus meiner Sicht ist dieses Schild dort völlig deplaziert, weil sich dort kein Behinderter hinstellen kann.

Herr Marx weist darauf hin, die Behindertenvertretung, namentlich der Vertreter aus Paffrath, habe über den bisherigen Standort Klage geführt. Daraufhin sei das Schild den Wünschen der Behindertenvertretung entsprechend umgesetzt worden. Er sagt eine Ortsbesichtigung zu.

Herr Sacher

In Herkenrath wurde an der Straße Straßen gegenüber der Schule eine zusätzliche Bushaltestelle eingerichtet. Ich gehe davon aus, dass diese Haltestelle zur Sicherheit der ein- und aussteigenden Kinder eingerichtet wurde. Die Haltestelle wird montags bis freitags täglich zwei Stunden von 12 bis 14 Uhr genutzt. Die früher dort parkenden Autofahrer können die Parktasche nicht mehr nutzen, weil die zeitliche Begrenzung der Busnutzung nur sehr schwer zu erkennen sei. Wann kann die Beschilderung geändert werden? Warum wurde die Haltestelle eingerichtet?

Herr Marx erklärt, die Haltestelle wurde infolge dreier Unfälle mit verletzten Schülern eingerichtet. Er erläutert die Hintergründe für die zeitliche Begrenzung und weist darauf hin, dass sie Kraftverkehr Wupper-Sieg das übliche Verkehrsschild dort aufgestellt habe. Es sei inzwischen vereinbart worden, dort ein größeres zusätzliches Schild mit der Uhrzeit anzubringen, sodass die Verkehrsteilnehmer die Uhrzeit besser sehen können.

Herr Kierspel

Mir ist aufgefallen, dass relativ viele Schilder durch Rost, Schmutz oder Aufkleber unleserlich geworden sind. Kann die Verwaltung im Rahmen einer allgemeinen Aktion für eine Ausbesserung solcher Schilder sorgen? In diesem Zusammenhang könnte auch überprüft werden, wo Schilder überflüssig sind oder ergänzt werden müssten.

Herr Jung

An der Mülheimer Straße wurden im Bereich des Kreisels, aber auch weiter bis zum Schlodderdicher Weg und zur Urbanstraße Rad- und Fußwegschilder mit roten Bändern durchkreuzt. Ich vermute einen Zusammenhang mit der Baumaßnahme des Kreisverkehrs. Wenn dem so sei, müssten die Bänder wieder entfernt werden. Wenn dem nicht so sei, warum wurden die Schilder durchkreuzt?

Herr Marx verweist darauf, dass es sich hierbei um eine Dauerlösung handle, die Schilder aber noch nicht gleich entfernt werden sollten. Grundlage seien Probleme mit dem Kreisverkehr derart, dass der Radverkehr im Kreis nicht geführt werde. Zu Beginn des Kreisverkehrs müsste ein Zeichen „Radweg Ende“ und am Ende ein Schild „Radweg Anfang“ aufgestellt werden. Dies würde die Radfahrer zur Benutzung der Furten zwingen. Anlässlich einer Ortsbesichtigung wurden die Nachteile dieser Lösung erkannt. Daher wurde nach der novellierten Straßenverkehrsordnung für den Radverkehr die Benutzungspflicht des Radweges entlang der Mülheimer Straße auf beiden Straßenseiten aufgehoben. Somit liegen sogenannte „andere Radwege“ vor, d. h., dass die Radfahrer den roten Pflasterstreifen auf dem Gehweg oder die Straße benutzen können.

Herr Jung ist der Auffassung, dass Erwachsene nunmehr die Straße benutzen müssten. Er schlägt vor, hinter dem Kreisverkehr einen roten Streifen für die Radfahrer anzulegen. Dadurch würde der Radweg nicht aufgehoben.

Herr Marx erklärt erneut, es handle sich um einen „anderen Radweg“. Durch die novellierte Straßenverkehrsordnung sei die Alternative eröffnet worden, einen Fußweg mit dem Zusatz „Radfahrer frei“ anzuordnen. Das verpflichte Radfahrer zum Schrittfahren. Von einer solchen Maßnahme habe die Verwaltung abgesehen. Durch die gewählte Form stehe auch dem erwachsenen Radfahrer die Möglichkeit offen, den Radstreifen zu nutzen.

Herr Sprenger

Wie handhabt das Abwasserwerk die Gebühren für Gewerbetriebe, die Frischwasser entnehmen, aber weniger Abwasser einleiten, weil sie mit dem Wasser Produkte herstellen?

Herr Wagner teilt mit, dass es sich hierbei um einen gängigen Fall handelt. Sei dieser Fall durch die Produktion nachweisbar, werde nur der tatsächlich der Kanalisation zugeführte Frischwasseranteil gebührenmäßig belastet.

Herr Knebel

In Refrath wurde am Markt eine Fußgängerampel so ungünstig installiert, dass Linksabbieger aus Richtung Gladbach in den Neuen Traßweg vor der Ampel stehen, wenn diese Rot zeige, und hinter dem Ampel wieder stehen, um den Gegenverkehr durchzulassen. Würde die Fußgängerampel um 10 m hinter den Neuen Traßweg versetzt, könnten die Linksabbieger abbiegen, wenn für die Fußgänger Grün ist. Kann dies so eingerichtet werden?

Herr Dr. Fischer

Im Vergabeausschuss wurde berichtet, dass an der Rommerscheider/Ecke Johannesstraße ein Problem im Zusammenhang mit einem falschen Anschluss

aufgetreten sei. Ist diese Angelegenheit so weit geregelt, dass die schadensverursachenden Firmen den Schaden beheben?

Herr Wagner berichtet, dass die Ableitung des Gewässers fachlich-technisch nicht korrekt ausgeführt wurde. Mittlerweile wurde ein Rechtsanwalt eingeschaltet. Die Angelegenheit konnte so weit eingegrenzt werden, dass der Bau vorangetrieben werden könne. Es seien noch umfangreiche Versorgungsleitungen umzulegen. Dann würden auch die Betonbauwerke weiter vorangetrieben. Die Schadensregelung selbst sei noch nicht geklärt. Das Abwasserwerk wurde aber schriftlich von allen Beteiligten insofern freigestellt, als dass zum Teil undichte Muffen der Gewässerverrohrung eindeutig nicht schadensursächlich sind. Er hält es daher für unwahrscheinlich, dass noch der Stadt anzulastende Schäden gefunden würden.

Herr Ziffus

Ergänzend zu dieser Angelegenheit weise ich darauf hin, dass die Verrohrung aus der Johannesstraße kommend die Rommerscheider Straße kreuzte, um im Bereich der Gärtnerei weitergeführt zu werden. Sind dieses Rohr und der Hebborner Bachkanal komplett voneinander getrennt oder gehen sie ineinander über? Wie wird der Kanal dort geführt?

Herr Wagner erklärt, das Gewässer sei kurzzeitig für den Bau unterbrochen, aber inzwischen in der gleichen Dimension wiederhergestellt worden. Es werde über dem Stauraumkanal geführt. Es bestehe dort nach Abschluss der Baumaßnahme keinerlei Verbindung.

Herr Wenzel

In Münster und Paderborn wurden ein Großteil der Laternen mit einem Aufkleber versehen, aus dem eine Telefonnummer hervorgeht, die bei Defekten anzurufen sei. Die Geschäftszeiten sind auf dem Aufkleber ebenfalls ersichtlich. Können derlei Aufkleber auch in Bergisch Gladbach verwendet werden? Dies wäre auch für Bürger eine einfache Möglichkeit, Schäden zu melden.

Herr Sterzenbach verweist auf die Kosten einer solchen Maßnahme. Die Straßenleuchten in Bergisch Gladbach wären von der Belkaw nummeriert worden, sodass die Leuchten relativ leicht zuzuordnen wären. Vor allem die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Verkehrsflächen“ würde bei jeder Gelegenheit bekannt machen, wohin man sich wegen einer defekten Laterne wenden könne. Der Vorschlag könne aber an die Belkaw weitergeleitet werden.

Herr Kremer geht davon aus, dass dieser Vorschlag einschließlich der Kostenfrage geprüft und das Ergebnis dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung vorgestellt werde.

Herr Schäfer

In der Richard-Zanders-Straße, Fahrtrichtung Gronau, fließt das Wasser bei jedem stärkeren Regen mangels eines Gullys nicht ab. Die Straße kann dann nicht überquert werden; an der Bushaltestelle fließt das Wasser über den Bürgersteig. Gibt es dort keinen Regenwasserkanal?

Herr Waldschmidt

Ich habe drei Fragen:

1. Auf der Sander Straße ist in Höhe der Firma Steinhaus vor etwa einem Monat ein Unfall passiert, bei dem eine Laterne beschädigt wurde. Diese wurde wohl inzwischen ganz beseitigt. Anwohner sprachen mich daraufhin an, ob und wann die Laterne erneuert wird. Wie ist der Sachstand?
Herr Sterzenbach sagt zu, den Vertragspartner an die Erneuerung zu erinnern.
2. Es geht um die beiden Großbaustellen für die Regenrückhaltebecken an der Rommerscheider Straße und an der Buchmühle. Befindet sich die Stadt im vorgesehenen Zeitplan? Wann ist mit dem Abschluss der Arbeiten zurechnen?
Herr Wagner erklärt, für die Maßnahme Rommerscheider Straße sei als Bauende ursprünglich Ende März vorgesehen gewesen. Wegen der Probleme im Kreuzungsbereich Rommerscheider/Johannesstraße und dem Schadensfall dort sei das Abwasserwerk etwa fünf bis sechs Wochen in Verzug. Bei der Maßnahme Buchmühle werde der Zeitplan eingehalten. Die bauliche Konstruktion dürfte in etwa zwei Wochen abgeschlossen sein. Dann könne mit der Elektro-/Maschinentchnik begonnen werden. Bis Februar 2003 wird die Maßnahme wohl abgeschlossen sei.
3. Wie hoch sind die Gebührenaufschläge durch das freie Parken an den Adventssamstagen?

Herr Pick

Im Spätsommer bzw. Frühherbst des Jahres wurde auf der Kempener Straße in Paffrath die Busspur eingezeichnet. Obwohl die Verwaltung sehr schnell Warnschilder aufgestellt hat, kam es dort zu einer Reihe brenzlicher Situationen und wohl auch zu einigen Unfällen. Hierzu würden die verschiedensten Zahlen umlaufen. Wie sind die tatsächlichen Zahlen?

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.35 Uhr.

(Kremer)

(Fedder)

Vorsitzender

Schriftführer